

Wahlprüfsteine des Berliner Kinderschutzbundes zur Senatswahl 2021

BUND

1.1 Wie werden Sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Kinder wahrhaftig gehört und beteiligt werden? Werden Sie sich für starke Kinderrechte im Grundgesetz einsetzen?

Wir werden weiterhin auf Bundesebene für Kinderrechte im Grundgesetz streiten und uns mit Vehemenz dafür einsetzen. Damit junge Menschen ihre Ideen und Rechte auch wirksam einfordern und einbringen können, wollen wir niedrigschwellige Beteiligungsgremien wie Kinder- und Jugendparlamente stärken.

1.2 Werden Sie sich auf Bundesebene für eine Veränderung des aktuellen Abrechnungssystems, hin zu einer kindgerechten Versorgung, einsetzen?

Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung des DRG (Diagnosis Related Groups) - Systems ein, um auch Vorhaltekosten bei Kinderkliniken und Kinderabteilungen angemessen abdecken zu können.

BERLIN

2.1 Können Sie sich vorstellen, sich für eine entsprechende Änderung der Berliner Landesverfassung zu engagieren? (Anm.: Bremen ergänzte im Mai 2021 seine Landesverfassung und berücksichtigt künftig bei staatlichem Handeln, das Kinder betrifft, „das Wohl des Kindes wesentlich“. Bremer Kinder haben in Angelegenheiten, die ihre Rechte betreffen, einen Anspruch darauf, beteiligt zu werden und ihr Wille muss berücksichtigt werden – entsprechend des Alters und der Reife. Wir wünschen uns eine analoge Ergänzung der Berliner Landesverfassung im Sinne einer echten Beteiligung von Kindern.)

Kinder, ihre Entwicklung und Zukunft stehen für uns im Mittelpunkt. Kinder haben eigene, gesetzlich verbriefte Rechte – doch viel zu häufig werden sie noch nicht ernst genommen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Bezirken Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung erproben – zum Beispiel um bei größeren Bauprojekten oder Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen Kinder- und Jugendbeteiligung gezielt einzubeziehen. Bei Projekten für Kinder und Jugendliche, wie beispielsweise Projekten der

kulturellen oder politischen Bildung, müssen sie auch in Jurys und anderen altersgerechten Auswahl-Formaten mitentscheiden können, was gefördert wird.

Damit Jugendliche ihr Mitspracherecht wirklich umsetzen können, dürfen sie auch von Wahlen nicht ausgeschlossen werden. Grundsätzlich vertreten wir die Auffassung, dass in einer Demokratie alle das Recht auf Mitbestimmung haben. Deshalb muss in einem ersten Schritt das Wahlrecht berlinweit auch für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf 14 Jahre abgesenkt werden. Darüber hinaus wollen wir mit der Berliner Stadtgesellschaft diskutieren und prüfen, in welcher Form das Recht auf Mitbestimmung auch für Menschen unter 14 Jahren im Rahmen des Wahlrechts und durch ergänzende Maßnahmen gewährleistet werden kann. Genauso wichtig ist, dass junge Menschen von klein auf lernen, dass ihre Stimme zählt. Im ganzen Bildungszyklus vom Kindergarten bis zur Ausbildung und zum Studium muss dafür politische Bildung altersgerechter Bestandteil sein. Dazu müssen auch Parlament, Verwaltung und Medien mehr Inhalte kinder- und jugendgerecht darstellen.

Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass Kinderrechte im Grundgesetz festgeschrieben werden.

Eine Änderung der Landesverfassung sehen wir jedoch nicht als notwendig an, da die Verfassung von Berlin in ihrem Artikel 13 explizite Kinderrechte bereits enthält, welche über die Elternrechte in Artikel 12 eine zusätzliche Verstärkung erhalten. Hierfür haben wir GRÜNE uns bei der Novelle des Artikels 13 im Jahr 2010 mit Nachdruck eingesetzt. Weitere Festschreibungen in der Landesverfassung hätten wegen des Vorrangs des Grundgesetzes wenig spürbare Wirkung über ein Bekenntnis hinaus und würden regelmäßig auch als solche kein einklagbares Recht enthalten.

Da uns ein bloßes Bekenntnis bei den Rechten von Kindern und Jugendlichen aber keinesfalls ausreicht, haben wir uns insbesondere in den vergangenen 5 Jahren für eine Stärkung von Kinderrechten auf allen Ebenen eingesetzt. Als besondere Erfolge hierbei sehen wir das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz und auch das Familienfördergesetz. Mit diesen beiden Gesetzen haben wir erste Schritte zur Implementierung von Strukturen in Berlin geschaffen, die Kinder befähigen und auf ihren Wegen bestärken, ihnen aber auch Schutz bieten, wo sie ihn brauchen. Hieran wollen wir in der nächsten Legislatur mit Nachdruck weiterarbeiten, um die geschaffenen Strukturen mit Leben und ausreichend Haushaltsmitteln zu füllen.

2.2 Wie soll in diesem Zusammenhang die von der Landekommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut erarbeitete Strategie nach der Wahl weiter umgesetzt werden?

Die von der Kommission erarbeitete Strategie wollen wir so zügig wie möglich umsetzen. Zentrale Punkte ihres Berichtes finden sich daher bereits in unserem Wahlprogramm wieder.

180.000 Kinder in Berlin leben in Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Die Kinder- und Familienförderung des Bundes ist ein Chaos – die einzelnen Leistungen sind so unübersichtlich, dass sie nicht bei den Familien und Kindern vor Ort ankommen. Solange das Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht sortiert ist, lösen wir es in Berlin auf und schaffen „Familienservicebüros“ in allen Bezirken. Nicht Eltern sollen für Kindergeld, Elterngeld oder Wohnberechtigungsschein immer wieder Unterlagen einreichen müssen. Ein*e Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen Unterlagen bereitstellen und verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und Sozialamt sollen zusammenfließen: ein Ort, alle Leistungen.

Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Familienarmut überwinden. Dabei geht es uns nicht nur um die etwa 180.000 Kinder in Berlin, deren Eltern auf Transferleistungen angewiesen sind. Wir kümmern uns um alle Kinder, die sozial, finanziell oder durch strukturelle Diskriminierung benachteiligt sind.

Um Familien und Kinder in allen Lebenslagen zu erreichen, brauchen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Mit der Arbeit der „Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut“, der Landesarmutskonferenz, des Familienbeirates oder dem Zusammenschluss der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (LIGA) sind Grundlagen erarbeitet worden. Jetzt geht es an die Umsetzung. Wir wollen einen zentralen Informationsatlas mit allen Einrichtungen erstellen, von den Tafeln über die Familienzentren bis zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Das Netzwerk soll so leistungsstark werden, dass der erste Schritt der Beratung auch der letzte ist, da ein abgestimmtes Verfahren zur Unterstützung folgt. Prävention statt nachträgliches Ausbügeln ist das Ziel. Starke Netzwerke brauchen starke Akteur*innen. Darum haben wir in den vergangenen Jahren begonnen, gute Projekte auf Landesebene finanziell abzusichern. Die Stadtteilmütter sind raus aus der unsicheren Projektförderung und sind mit festen Stellen in den Bezirken gesichert. Gleiches gilt für die Babylots*innen, die Familien schon um die Geburt eines Kindes betreuen. Es ist gelungen, die Arbeit der Babylots*innen auf alle Geburtsstationen in Berlin auszuweiten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Familien in schwierigen Situationen wie Alleinerziehende und einkommensschwächere Familien brauchen besondere Unterstützung. Darum haben wir uns in den vergangenen Haushaltsverhandlungen für ein „Flexibudget“ für die Bezirke eingesetzt. Dies wollen wir nach der Wahl in allen Bezirken umsetzen. Die Sozialarbeiter*innen vor Ort sollen die Möglichkeit bekommen, unkompliziert eine Familientherapie oder Jugendsozialarbeit zu finanzieren, gerade dann, wenn Familien und Kinder zwischen den Paragraphen verloren zu gehen drohen. Prävention stärken wir darüber hinaus, indem wir in den Familienbüros, die

wir etablieren wollen, nicht nur Leistungen der Ämter einfacher zugänglich machen, sondern die Familienbüros auch mit Sozialarbeiter*innen ausstatten, die Eltern schnell und unbürokratisch beraten können.

In einem Modellprojekt haben wir in den vergangenen Jahren im Bezirk Mitte eine besonders intensive Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“, in denen kein Elternteil arbeitet, getestet. Durch die Betreuung in einem eigenen Team ist es gelungen, mehr als 200 Personen in Arbeit zu bringen. Ein Erfolg, den wir fortsetzen und auch in anderen Bezirken wiederholen wollen.

Seit 2016 haben wir auch bei der Bekämpfung von Armut wichtige Schritte geschafft. Das kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, die beitragsfreie Kita, ein gesundes kostenloses Essen mit hohem Bioanteil in den Grundschulen, all das sorgt dafür, dass Kinder aus Familien, die weniger Geld haben, gleichberechtigter am Leben teilhaben können. Wir haben den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende eingezogen. Auch auf Bundesebene wollen wir uns für eine deutliche Anhebung des Mindestlohnes einsetzen. Wir haben Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen garantiert und die Gehälter gerade der Beamt*innen angehoben, die kleinere Einkommen haben. Sei das bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder in der Verwaltung. Wir haben dafür gesorgt, dass für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, die Kosten der Unterkunft verlässlich übernommen werden und Obdachlosigkeit so vermieden wird. Und wir haben damit begonnen, das Dickicht an Sozialleistungen zu ordnen, damit Menschen Leistungen, die ihnen zustehen, auch tatsächlich erhalten – gerade in den Bezirken sind wir an dieser Stelle Vorreiter. Der Weg zu einem Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören, ist aber noch weit. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, Familien- und Sozialleistungen auf Bundesebene endlich neu zu sortieren, um das bestehende Chaos zu beenden. Solange das nicht passiert ist, werden wir weiter in Berlin und in den Bezirken für Überblick sorgen. Dazu wollen wir mit einem berlinweiten Sozialmanagement die besten Wege der Umsetzung aus allen Bezirken in alle anderen Bezirke bringen und mit starken Netzwerken vor Ort im sozialen Umfeld Unterstützung leisten. Wir gehen den Kampf gegen Armut ganzheitlich an. Denn gute frühkindliche Bildung, gute Kitas und Schulen, bezahlbarer Wohnraum, gute Arbeit, ein durchlässiges Bildungssystem, der Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, all das ist entscheidend, um Armut wirklich zu bekämpfen. Initiativen in all diesen Bereichen werden wir aktiv unterstützen. Auf Bundesebene streiten wir für Garantiesicherungen in allen Lebenslagen – für eine Kindergrundsicherung, eine Garantierente, die Überwindung des Hartz-IV-Systems samt Abschaffung aller Sanktionen und einen deutlichen höheren ALG-II-Regelsatz.

2.3 Welche Maßnahmen planen Sie über das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche in 2021 und 2022“ hinaus, um die pandemiebedingten Defizite auf kognitiver, emotionaler und körperlicher Ebene wieder auszugleichen?

Schüler*innen leiden besonders unter der Pandemie. Monatelang fand kein regulärer Unterricht statt. Sie mussten von zu Hause lernen, besuchen die Schule nur an wenigen Tagen in der Woche oder nur wenige Stunden jeden Tag. Schüler*innen kommen mit dieser Herausforderung sehr unterschiedlich zurecht. Insbesondere dort, wo die Eltern nicht über die notwendige Zeit, Ruhe und Geduld verfügen, um Lernen zu begleiten und schulische Defizite auszugleichen, führt dies unweigerlich zu Lernrückständen und Wissenslücken. Hierzu initiiert der Bund unterschiedliche Programme, die es nun in den Berliner Schulen umzusetzen gilt. Hierfür darf nicht nur einmalig Geld zur Verfügung gestellt werden. Es bedarf hier einer gemeinsamen Anstrengung über die nächsten Jahre hinweg. Wichtig ist hierbei insbesondere, Infrastruktur und Personal in Berlin halten und auszubauen, um Bedarfe vor allem in der psychosozialen Versorgung von Kindern und Familien abzudecken. Zentral ist hierzu und darüber hinaus die Umsetzung des geplanten Familienfördergesetzes und des Jugendfördergesetzes. Die Institutionen müssen hierzu mit zusätzlichem Personal ausgestattet werden und sich so stark als möglich sozialräumlich orientieren.

Beim Abbau von Lernrückständen mit einer Fokussierung auf die Kernfächer und Kernkompetenzen spielen Feriencamps und Lernwerkstätten eine große Rolle, um Kinder individuell zu fördern.

Es müssen unterrichtsbegleitende Maßnahmen in den Kernfächern erfolgen, um passgenau Lernlücken zu schließen. Dies soll mit zusätzlichen Lehrkräften aber auch mit freien Trägern der Jugendhilfe oder Bildungsinitiativen erfolgen. Ein direkter Austausch mit der Schule ist ebenso wichtig, wie eine Vernetzung im Sozialraum.

Viele Kinder und Jugendlichen haben durch die Pandemie ihre gewohnten Abläufe und Bindungen verloren. Insbesondere Kinder und Jugendliche in schwieriger Lage benötigen vielfältige Unterstützung, um Bindungen wieder aufzubauen und soziale Kompetenzen weiter zu stärken.

Dies soll durch Mentor*innenprogramme umgesetzt werden, aber auch durch die Stärkung der Freiwilligen Dienste an Schulen sowie eine Ausweitung der Sozialarbeit an Schulen.

2.4 Werden Sie sich nach der Senatswahl 2021 für eine nachhaltige Finanzierung und den Ausbau von niedrigschwellig zugänglichen Fachberatungsstellen und Trauma-Ambulanzen einsetzen?

Die Kinderschutzambulanz und die Gewaltschutzambulanz wollen wir ausbauen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit werden wir durch einen weiteren Ausbau des Childhood-Hauses an der Charité institutionalisieren.

2.5 Wie werden Sie die weitere Umsetzung und Finanzierung von Schutzkonzepten in Schulen, Kitas, Vereinen und überall dort, wo mit Kindern gearbeitet wird, vorantreiben?

Der Schutz von Kindern hat für uns einen besonderen Stellenwert – die vielen Fälle von psychischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt gegen Kinder zeigen den Handlungsbedarf. Wir werden dafür sorgen, dass alle Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche Kinderschutzkonzepte erstellen und umsetzen. Auch Vereine und freie Träger, die für ihre Arbeit mit Kindern sowohl projektbezogen als auch institutionell Geld vom Land Berlin bekommen, müssen Kinderschutzkonzepte vorlegen. Wichtig ist dabei, dass Akteur*innen eng zusammenarbeiten, egal auf welcher gesetzlichen Grundlage ihre Finanzierung beruht. Um das zu verbessern, wollen wir eine*n Landesbeauftragte*n für Fälle von psychischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt gegen Kinder einsetzen. Hier sollen die Fäden in den Bereichen Prävention, Intervention und Aufarbeitung zusammenlaufen. Die Wahrung der Kinderrechte muss bei dieser Arbeit selbstverständlich im Mittelpunkt stehen.

2.6 Mit welchen Maßnahmen werden Sie den prekären Personalnotstand der Berliner Jugendämter angehen, um die zeitnahe Fallbearbeitung zu gewährleisten?

Das Spardiktat des vorangegangenen Jahrzehnts hatte die Bezirke ausbluten lassen. Wir haben seitdem die Personalstellen in den Bezirken um 20 Prozent angehoben, die finanziellen Mittel sogar um 25 Prozent. Und wir haben Entscheidungsfreiheit an die Bezirke zurückgegeben. Um diesen Weg fortzusetzen, wollen wir Strukturen schaffen, die gute Bürger*innendienstleistungen in den Mittelpunkt stellen. Vor Ort muss sich beweisen, dass die Stadt funktioniert sowie mehr Demokratie und Beteiligung möglich sind. In der Krise wurde deutlich, wie richtig es war, dass wir seit 2016 in die Widerstandsfähigkeit und Stabilität Berlins investiert haben: Investitionen in die Krankenhäuser, in die Digitalwirtschaft, der massive Wiederaufbau von Personal in den Bezirksämtern, die Sicherheit, dass die Kosten der Unterkunft übernommen werden, wenn es knapp wird – all das sind wir vor der Krise angegangen. In der Krise war unsere solide öffentliche Grundversorgung mit einem stabilen Gesundheits- und Sozialsystem die Basis, die unsere

Stadt zusammenhielt. Die Krise hat uns darin bestätigt, dass sich das Kaputtsparen der öffentlichen Infrastruktur bitter rächen kann.

2.7 Wie stehen Sie zum Fortbestehen des Neutralitätsgesetzes? Werden Sie sich für eine Novellierung oder Abschaffung des Neutralitätsgesetzes einsetzen?

Viele Kinder in Berlin wachsen bereits mehrsprachig auf und verfügen damit über eine wichtige Ressource, die es zu fördern gilt. Mehrsprachigkeit ist eine Qualifikation – das wollen wir deutlicher anerkennen und Unterricht in möglichst vielen Familiensprachen bedarfsgerecht und ergänzt durch ein digitales Angebot ausbauen. Hierzu ist es nötig, dass die Schulen und die Bildungsverwaltung die konkreten Familiensprachen und den jeweiligen Sprachstand der Schüler*innen erfassen und als notenrelevante Fremdsprachen etablieren. Das diskriminierende Merkmal „nichtdeutsche Herkunftssprache“ werden wir nicht mehr für Einzelschulen veröffentlichen. Damit Schüler*innen Vielfalt und Unterschiedlichkeit positiv erleben, braucht es Vorbilder. Deshalb wollen wir den Lehrkörper diverser aufstellen und deutlich mehr Lehrkräfte of Color (BPoC), Lehrkräfte mit Behinderung sowie Lehrkräfte, deren Familiensprache eine andere als Deutsch ist, gewinnen und fördern. In der Lehrerbildung müssen Deutsch als Zweitsprache sowie weitere Sprachen, zum Beispiel Türkisch, als Studienfächer etabliert werden. Wir setzen die Urteile des Bundesverfassungsgerichts um und sind von der Prämisse der Antidiskriminierung geleitet. Daher kann das Neutralitätsgesetz so keinen Bestand haben. Den Diskriminierungsschutz von Berliner Schüler*innen werden wir systematisch ausbauen und die Institution „Schule“ diskriminierungskritisch weiterentwickeln. Hierfür werden wir verbindliche und niedrigschwellige Beschwerde- und Interventionsstrukturen etablieren, die Schüler*innen und Eltern auch über ihre Rechte nach dem Landesantidiskriminierungsgesetz aufklären und Sanktionen einleiten können. Wir wollen eine unabhängige Beschwerdestelle für den Bildungsbereich einrichten, jeder Berliner Schule eine diskriminierungskritische Organisationsentwicklung ermöglichen, verbindliche Fort- und Weiterbildungen für pädagogisches Schulpersonal und Sozialarbeiter*innen anbieten. Wegen der besonderen Verantwortung wollen wir Leitungspersonal mit besonderer Priorität schulen.

2.8 Wie möchten Sie die dringend notwendige digitale Auf- und Ausrüstung der Berliner Schulen weiter voranbringen und umsetzen? (Anm.: Gemeint sind die Digitalisierung in den Schulen und die Förderung von Medienkompetenzen.)

Wir erleben, wie Corona den Schulalltag auf den Kopf stellt. Dabei wurde vor allem deutlich, wie überfällig die Digitalwende in Berlins Schulen ist: Digitales Lernen – von zuhause aus wie im Präsenzunterricht – müsste längst Alltag sein! Deshalb wollen wir nach

der Pandemie kein „back to normal“, sondern wollen die Krise als Anlass nutzen, den digitalen Kulturwandel auch an Berliner Schulen weiter vorantreiben.

Wir wollen, dass unsere Kinder gesund in der digitalen Welt aufwachsen und diese aktiv mitgestalten können. Deshalb werden wir Schulen dabei unterstützen, einfach zu nutzende, datenschutzfreundliche und pädagogische Programme, Apps und Lernsoftware mit dem Unterricht zu verzahnen. Digitale Medien sind nie Selbstzweck.

Gleichzeitig ist klar: Digitale Herausforderungen werden sich für Schüler*innen durch ihr ganzes Leben ziehen. Daher ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche frühzeitig verstehen, wie Rechner, Netze, Speicher, Algorithmen und Künstliche Intelligenz funktionieren, wie programmieren funktioniert, welche Chancen, aber auch Gefahren sowie Möglichkeiten zur Manipulation und Verfolgung durch das Internet entstehen und welche Rechte und Pflichten sie als Internetnutzer*innen haben. Es ist zentral, in der Schule neben konkret anwendungsbezogenen Fähigkeiten (wie nutze ich das?), auch technologische Kenntnisse (wie funktioniert das?) sowie die gesellschaftlichen Auswirkungen von Technik (wie wirkt das?) zu vermitteln. Auch die Fähigkeit, zwischen geprüften Informationen und Fake News im Netz zu unterscheiden, ist ein essentieller Bestandteil von Digital Literacy und Medienkompetenz. Auch soziale Regeln sind Teil des digitalen Raumes, deshalb wollen wir unsere Kinder dabei unterstützen, die sozialen Kompetenzen im Netz umzusetzen.

Die Themen Cyber-Mobbing und digitaler Hass sowie digitale Gewalt müssen in diesem Kontext thematisiert werden. Wichtig ist, Kinder und Jugendliche brauchen ein solides Fundament an Medienkompetenz und sozialer Einbettung, um sicher, gesund und selbstständig digital zu lernen. Dafür wollen wir den Informatikunterricht stärken, gleichzeitig diese Fragen aber in allen Fächern mitdenken. Außerdem wollen wir ein umfassendes und gezieltes Programm zur technischen, rechtlichen, methodischen und (fach-)didaktischen Fortbildung der Lehrkräfte entwickeln, das sie jeweils auf den neuesten Stand einer sich rasch verändernden digitalen Welt bringt.

Wir wollen die IT-Unterstützung durch IT-Administrator*innen an allen Schulen ausbauen. Jede Schule soll schnellstmöglich einen leistungsfähigen Glasfaser-Netzanschluss, WLAN und ein leistungsstarkes, benutzerfreundliches und pädagogisch sinnvolles Open-Source-Lernmanagementsystem erhalten, das sowohl von Pädagog*innen als auch von Schüler*innen kritisch begleitet wird. Jedoch soll die Vielfalt der in Berlin genutzten Lernplattformen durchaus bestehen bleiben.

Alle Lehrer*innen und Schüler*innen sollen zügig Laptops oder andere, den jeweiligen pädagogischen Ansprüchen entsprechende Endgeräte zur Verfügung gestellt bekommen, damit ein gerechter Zugang für alle ermöglicht wird. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass die Gelder aus dem Digitalpakt effektiv und schnell in die digitale Ausstattung der Berliner Schulen fließen. Ein Medienportal, das wir am besten gemeinsam mit anderen

Bundesländern betreiben, soll den kostenlosen und rechtlich einwandfreien Zugang zu qualitätsgeprüften, kommentierten und curricular eingeordneten elektronischen Bildungsmedien eröffnen und den Austausch der Lehrkräfte darüber ermöglichen. Häufig scheitert die Digitalisierung der Schule nicht an Geld, sondern am Personal. Die IT-Expert*innen, die sich um die digitale Ausstattung der Schulen kümmern, wollen wir darum stärken, ihren Stundenumfang ausweiten und Schulen ein festes Schulentwicklungsbudget einräumen. Damit haben sie die Möglichkeit, sich gemeinsam mit allen Beteiligten mit digitalen Technologien auseinanderzusetzen und einen sinnvollen pädagogischen Umgang damit zu finden.

Eine neu einzurichtende, entsprechend ausgestattete Stabsstelle in der Senatsverwaltung soll die Digitalwende strategisch und organisatorisch durchführen und dabei sowohl den Best-Practice-Austausch unter den Schulen organisieren als auch Unternehmen und die Akteurslandschaft aktivieren sowie die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte im Bereich Digitalisierung steuern. Datenschutz, digitale Teilhabe und Inklusion sowie Open-Source-Anwendungen und Offene Bildungsmaterialien (OER) sind uns dabei sehr wichtig. Und es braucht mehr kritische Forschung: Wie verändert sich Bildung und Schule durch digitale Medien? Was ist gutes, gemeinsames digitales Lernen und Unterrichten? Was funktioniert in welcher Altersgruppe? Wie können pädagogischen Konzepte gelingen – analog und digital? Nur mit dieser Grundlage kann digitale Bildung der Zukunft gelingen.